

CDU-Fraktion - Gartenstr. 41 - 46535 Dinslaken

Herrn Bürgermeister
Simon Panke
Platz d'Agen 1
46535 Dinslaken

Geschäftsstelle:
Konrad-Adenauer-Haus
Gartenstr. 41
46535 Dinslaken

Telefon 02064-55946
Telefax 02064-55153
E-Mail: fraktion@cdu-dinslaken.de
Internet: <http://www.cdu-dinslaken.de>

Dinslaken, den 04.03.2026

Antrag gem. § 3 I der GeschO des Rates der Stadt Dinslaken **hier: Wirtschaftliche Weiterentwicklung und Zukunftssicherung der Eissporthalle** **Dinslaken**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Panke,
die CDU-Fraktion beantragt, der Rat möge Folgendes beschließen:
Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Stadtwerken Dinslaken und allen notwendigen Akteuren eine umfassende wirtschaftliche und strukturelle Prüfung zur nachhaltigen Sicherung und Weiterentwicklung der Eissporthalle in Dinslaken vorzulegen.

Der Prüfauftrag soll insbesondere folgende Punkte umfassen:

1. Transparente Darstellung der aktuellen wirtschaftlichen Situation einschließlich Verlustausgleich, Zuschüssen und Betriebskosten.
2. Prüfung der steuerlichen Möglichkeiten eines Querverbands zwischen den beteiligten Gesellschaften des Konzerns Stadtwerke Dinslaken, insbesondere unter Einbeziehung von Eissporthalle, DINamare und anderen energieintensiven Betrieben, einschließlich einer Wirtschaftlichkeitsberechnung.
3. Prüfung der technischen und wirtschaftlichen Nutzung der Abwärme aus der Eissporthalle für das DINamare, einschließlich Machbarkeit, benötigter Investitionen und möglicher Einsparungen.
4. Prüfung eines Investoren- oder alternativen Betreiber-Modells unter Beteiligung Dritter.
5. Prüfung zusätzlicher Vermarktungs- und Sponsoringmöglichkeiten, insbesondere eines Namenssponsoring.
6. Bewertung notwendiger Investitionen (z. B. Dachsanierung, Eisanlage) einschließlich realistischer Finanzierungsoptionen.
7. Darstellung der finanziellen, städtebaulichen und strukturellen Folgen einer möglichen Schließung, insbesondere im Hinblick auf Abriss- oder Sicherungskosten, Grundstücksnutzung sowie die Kompensation von Schul- und Vereinszeiten.
8. Bewertung der Bedeutung der Eissporthalle für den Schul- und Vereinssport, den Stadtteil sowie für das ehrenamtliche Engagement.
9. Prüfung, inwieweit die in der Eissporthalle aktiven Vereine und Institutionen stärker in ein kooperatives Weiterentwicklungsmodell eingebunden werden können, einschließlich möglicher Eigenleistungen, organisatorischer Vernetzung und gemeinsamer Vermarktungsansätze.
10. Verschiebung der HSK-Maßnahme 94 („Wegfall der Schul- und Vereinszuschüsse Eissport“) mit Wirkung ab dem Haushaltsjahr 2028.
11. Die Prüfergebnisse sind spätestens in der letzten Ratssitzung 2026 vorzulegen.

Begründung:

Die Diskussion um die Zukunft der Eissporthalle hat in der Bürgerschaft große Aufmerksamkeit ausgelöst. Die Halle ist weit mehr als eine Sportstätte. Sie ist ein zentraler Standort für den Schul- und Vereinssport, ein Begegnungsraum für Generationen und ein wichtiger Ankerpunkt für den Stadtteil. Viele fleißige Menschen betätigen sich dort ehrenamtlich.

Die CDU-Fraktion spricht sich klar für den Erhalt der Eissporthalle aus. Ziel ist es jedoch nicht, bestehende Strukturen unverändert fortzuführen, sondern die wirtschaftliche und organisatorische Weiterentwicklung ernsthaft zu prüfen.

In der öffentlichen Debatte wurden unterschiedliche Zahlen zur finanziellen Belastung genannt. Für eine sachgerechte Entscheidung ist eine transparente und nachvollziehbare Darstellung der tatsächlichen Kosten- und Einnahmesituation unerlässlich.

Gleichzeitig bestehen konkrete Optimierungsmöglichkeiten. Insbesondere die Prüfung eines steuerlichen Querverbands zwischen den beteiligten Gesellschaften des Konzerns Stadtwerke Dinslaken, einschließlich von Eissporthalle und DINamare, kann zu einer spürbaren finanziellen Entlastung beitragen. Parallel dazu ist die technische und wirtschaftliche Nutzung der Abwärme aus der Eissporthalle für das DINamare zu prüfen, denn hier liegen Einsparpotenziale bei Energiekosten und Betriebsausgaben. Auch Investoren- oder alternative Betreibermodelle sowie zusätzliche Vermarktungs- und Sponsoringmöglichkeiten, insbesondere ein Namenssponsoring, sollten ernsthaft geprüft werden.

In der Eissporthalle sind zahlreiche Vereine und Institutionen aktiv, die sich stark mit dem Standort identifizieren. Aus Gesprächen wird deutlich, dass eine hohe Bereitschaft besteht, sich konstruktiv an einer wirtschaftlichen und organisatorischen Weiterentwicklung zu beteiligen. Dieses Engagement sollte gezielt eingebunden werden. Eine stärkere Vernetzung der Akteure untereinander sowie eine intensivere Zusammenarbeit mit Stadt und Stadtwerken kann Synergien schaffen, Eigenverantwortung stärken und neue Perspektiven eröffnen.

In der öffentlichen Diskussion wird teilweise der Eindruck erweckt, mit einer Schließung der Eissporthalle entfielen die finanziellen Belastungen vollständig. Eine solche Betrachtung greift jedoch zu kurz. Auch im Falle einer Aufgabe des Betriebs würden Folgekosten entstehen – etwa für Abriss oder Sicherung des Gebäudes, für eine mögliche Zwischennutzung des Grundstücks sowie für die Kompensation der bislang dort stattfindenden Schul- und Vereinszeiten. Darüber hinaus wären städtebauliche Auswirkungen und der Verlust eines wichtigen sozialen und sportlichen Standortes zu berücksichtigen. Eine seriöse Entscheidungsgrundlage muss daher auch diese finanziellen und strukturellen Konsequenzen transparent darstellen.

Gerade in Zeiten eingeschränkter finanzieller Spielräume ist eine differenzierte, wirtschaftlich fundierte Betrachtung erforderlich. Ziel dieses Prüfauftrags ist es, dem Rat eine umfassende Entscheidungsgrundlage vorzulegen, um die Eissporthalle zukunftsfähig aufzustellen und ihre Bedeutung für unsere Stadt dauerhaft zu sichern.

Vor diesem Hintergrund ist es sachlich geboten, die im Haushaltssicherungskonzept vorgesehene Maßnahme 94 („Wegfall der Schul- und Vereinszuschüsse Eissport“) zeitlich zu verschieben. Die geplante Kürzung der Zuschüsse bereits ab dem Jahr 2027 würde die bestehende Schul- und Vereinsstruktur erheblich schwächen und möglicherweise irreversibel beschädigen, noch bevor eine belastbare Entscheidungsgrundlage zur Zukunft der Halle vorliegt.

Wer die wirtschaftliche Weiterentwicklung der Eissporthalle ernsthaft prüfen möchte, darf nicht gleichzeitig durch vorgezogene Kürzungen die derzeitige Nutzungsstruktur destabilisieren. Die zeitliche Verschiebung der Maßnahme dient daher nicht der Aussetzung von Konsolidierungszielen, sondern der Sicherstellung eines geordneten Prüf- und Entscheidungsprozesses. Erst auf Basis der Ergebnisse des Prüfauftrags kann sachgerecht entschieden werden, welche Zuschussstruktur künftig tragfähig und wirtschaftlich vertretbar ist.

Mit freundlichen Grüßen



Fabian Schneider
- Fraktionsvorsitzender -



Marc Bootmann
- Fraktionsgeschäftsführer -